

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Preis- und Versammlungsliteratur kosten pro Heft 25 Pf. — Geschäftsleiter werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Gansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wittenhauser Straße 38-42, Telephon-Nr. 98 u. 63, Telegr.-Nr.: Wittenhauser Bochum.

Ein schwarzer Tag.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat ist am 14. Oktober nach sehr langwierigen und durchaus nicht stets kollegialen Verhandlungen auf 5 Jahre verlängert worden. Das „Uebergangssyndikat“ läuft am 31. März 1917 ab, von da ab gilt 5 Jahre der neu abgeschlossene Vertrag — wenn nichts dazwischen kommt. Dem Mitarbeiter der „Rheinischen Volksztg.“ erklärte „eine beteiligte Seite“:

„Alle bisher noch ausstehenden Bechen, auch die kleinen Bechen an der Ruhr und im Dortmund Gebiet sind ausnahmslos dem Syndikat beigetreten, ebenso sämtliche rheinische Bechen, so daß es heute im rheinisch-westfälischen Bezirk außerhalb des Syndikats Kohlenbergwerke nicht mehr gibt! Damit haben die Bestrebungen des Syndikats einen vollen Erfolg erzielt.“

Die Syndikatsherren haben begründete Ursache, zu jublieren. Vom Standpunkt der Wahrung der deutschen Volkswirtschaft betrachtet, ist der 14. Oktober 1916 ein schwarzer Tag.

Dieses Faktum wird nicht angenehmer dadurch, daß der Bundesrat durch seine Zwangssyndikatsverordnung vom 12. Juli 1915 die heftig gegeneinander strebenden Interessengruppen im Syndikat zusammengedrückt hat, und nun auch noch der preussische Bergwerksfiskus mit seinen Gruben im Bezirk Neudlinghausen dem Syndikat beigetreten ist. Ueber die Schwäche und Einseitigkeit der Bundesratsverordnung haben wir uns derzeit ausgelassen. Natürlich behauptet die freiwillige und noch mehr die ausgehaltene Syndikatspresse, das Zustandekommen des gewaltigen Kohlenkartells sei eine „nationale Notwendigkeit“, sein Wirken sei „volkswirtschaftlich segensreich“, der Abschluß des Syndikatsvertrages auf der breitesten Grundlage sei eine „nationale Tat“. Wir haben von den nationalen Interessen und der Wahrung der Wohlfahrt des deutschen Volkes eine ganz andere Meinung. Wir erblicken in der Etablierung eines ungeheuer mächtigen privatkapitalistischen Kohlenmonopols eine außerordentlich schwere Gefahr für die nationalen Interessen unseres Volkes! „Das Kohlsyndikat“, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „ist das größte Privatmonopol, das wir haben, auch das wichtigste, weil es den allerwichtigsten Arbeit unentbehrlichen Rohstoff, die Kohle, beherrscht!“

Eine solche ungeheure wirtschaftspolitische Macht darf kein staatslich organisiertes Gemeinwesen in die Hände einer privaten Interessentengruppe legen, wenn es seine Zukunft nicht auf das äußerste gefährden will. Tieftraurig genug, daß weite Volkskreise diese unerschütterliche Wahrheit noch nicht genug erkannt haben, sich einfließen lassen von dem Beschönigungsgerede und -Geschweibel der privatkapitalistischen Annäherer. Auch daß innerhalb der an der Vertiefung und Ausbreitung der privatkapitalistischen Ausbeutung unserer nationalen Bodenschätze unmittelbar interessierten Personengruppe die Ueberzeugung lebt, auf ihre Weise den Gemeinwohlinteressen am besten zu dienen, darf uns, weil persönliche Sympathien oder Antipathien in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes ganz belanglos sind, nicht abhalten, aufrichtig zu beklagen, daß während unserer Soldaten mit unvergleichlicher Hingabe für ein freies Deutschland kämpfen, bei uns im Lande selbst ein mächtiger Grundstein für den Aufbau einer Wutokratie herbeigeführt worden ist. Die Gegenseite sollte es sich erparen, diese Tatsache zu leugnen oder zu beschönigen.

Weit über die Hälfte der voraussichtlichen Steinkohlenförderung Deutschlands nach dem Kriege ist jetzt unter die Herrschaft eines Besenkartells gestellt, in dem etwa ein Duzend privater Großunternehmer den Ausschlag geben. In Nordamerika, dem Lande, vor dessen „Trusts“ die deutsche Öffentlichkeit so gaulich gemacht wird, werden solche monopolistischen Werksbesitzer- und Gändlerverbände wie unsere Syndikate strafgesetlich verfolgt. Bei uns drängt eine mit dieser Sachlage vertraute Regierung sogar die Privatunternehmer zu Syndikaten zusammen und verbollständigt die Syndikatsmacht noch obendrein durch Angliederung der Staatsbetriebe. Nachdem die „Frankfurter Zeitung“ die Situation des Bergwerksfiskus beleuchtet hat, urteilt sie: „Deshalb sind auch die Sonderbedingungen, die sich der Staat jetzt wie früher (besonders Austrittsrecht, Einspruch gegen Preisveränderungen, eventuelle außerordentliche Selbstverbrauchs) vorbehält, nach allen bisherigen Erfahrungen wertlos!“ Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß der preussische Fiskus im Kalisyn dikat stets ein wirksames Einspruchsrecht gegen unangemessene Preis erhöhungen besaß, trotzdem aber die Syndikatspolitik die volle Uebergründerei in der Kalindurie bewirkte, um begreiflich zu machen, wie wenig den Privatunternehmer im Syndikat die „Sonderrechte des Fiskus“ genieren werden. Der „Staat“ wird im Gegenteile als Syndikatsmitglied der Sündenböck für eine privatkapitalistische Dividendenpolitik sein, deren entsetzliche Beeinflussung er haben konnte.

Dann hat der „Staat“ das „Sonderrecht“ erhalten, alle ihm noch nicht gehörigen Hibernia-Aktien zu einem Kurse „von im ganzen 270 Prozent“ zu übernehmen! („Sonderrecht“ des Berliner Tageblatt, Nr. 531.) Dieser „Einstandspreis“ geht noch bedeutend über den 1904/05 für etwa zwei Fünftel der Hibernia-Aktien vom preussischen Fiskus gezahlten Preis hinaus!!! Selbst Unternehmerfreunde haben damals erklärt, der Fiskus habe „viel zu teuer“ gekauft. Jetzt will er trotzdem noch mehr zahlen. Eine schier unglaublich klingende Nachricht — aber der Landtag wird ja genau erfahren müssen, was den vielmillionenreichen Hibernia-Aktionären aus den Mitteln der preussischen Steuerzahler noch zu den bisherigen Betriebsgewinnen gegeben werden

soll. Reich, Staat und Gemeinden befinden sich in beispiellosen Geldnöten, kein Mensch weiß, woher die Milliarden genommen werden sollen zur Deckung des späteren riesengroßen öffentlichen Finanzbedarfs — und den überreichen Hibernia-Aktionären sollen abermals viele Millionen Mark für die „Abtretung der Gerechtlame“ gegeben werden!!!

Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ (Berlin) schrieb 1900 bei einer kritischen Betrachtung der privatkapitalistischen Kohlenkartelle und der Monopolentwicklung im Bergbau: „Die Kohle darf nicht dem Privatkapital zu Spekulationszwecken überantwortet werden! Unser Endziel ist deshalb: „Die Verstaatlichung aller Kohlenzechen! Nur auf diese Weise bewahren wir unser Land vor der schlimmsten Schädigung, das Gewerbe vor Katastrophen, die Arbeiter vor dem Elend!!!“

Eine lange Reihe gleicher oder ähnlicher Urteile aus konservativen, zentralistischen, natürlich viele aus der sozialistischen, aber auch mehrere aus der liberalen Parleipresse, reichend bis in die jüngste Zeit hinein, können wir anführen. Alle diese Organe warnten eindringlich vor der Verstärkung der privatkapitalistischen Syndikate und empfahlen die völlige Bergbauverstaatlichung oder doch wenigstens eine große Erweiterung und selbständige Wirtschaft der Staatsbetriebe. Ein Leiches ist es auch, eine Reihe von Regierungserklärungen zu zitieren, die alle zu dem jetzigen Verhalten des Bergwerksfiskus wie die Faust aufs Auge passen. Will das alles nicht mehr, nicht mehr angesichts gerade der jüngsten Erfahrungen mit der privatkapitalistischen Missetätigkeit gegenüber der nun auch noch von außen schwer bedrohten deutschen Volksgemeinschaft? Set uns die wüste Preistreibelei auf dem Warenmarkt, der offene und heimliche Widerstand der agrarischen Warenbesitzer gegen gemeinnützige behördliche Verordnungen nicht das tiefste Wesen des stets profitungrigen Kapitalismus enthillt? Behördliche Verordnungen und unzählige offizielle Ermahnungen, die Kritik besorgter Volkswirte, kirchliche Erlasse und Kanzelreden, alles hat nicht dahin geführt, daß die krasse Selbstsucht vor der Not der Gemeinschaft beugt. Und nun wird der stärkste Hort dieses selbststüchigen Kapitalismus, noch mit Regierungshilfe, ausgerichtet in Gestalt eines Kohlsyndikats, das monopolistisch den weit ausgedehnten Teil der deutschen Brennstoff-Förderung beherrscht! Das ist eine furchtbare Tatsache.

Wenn nicht die Gesetzgebung so rasch und gründlich wie möglich die nationalen Bodenschätze für die Gemeinwirtschaft sichert, dann werden die kommenden Generationen böllig einem allmächtigen Kapitalismus ausgeliefert!

Wessen die Bergarbeiter sich von einer so verstärkten Syndikatsmacht zu versehen haben, das wissen sie aus der Vergangenheit, das empfinden sie in der Gegenwart. Den Starke wird zehlfachen. Die Regierung hat wohl für die Festigung und Erweiterung der Macht der Syndikatsorganisation gesorgt, aber nicht ein Passus in irgend einem Syndikatsvertrag spricht von einem Mitbestimmungsrecht oder auch nur von einer Berücksichtigung der Arbeiterbedürfnisse! Man bleibe uns gefälligst vom Leibe mit dem Einwand, „solche Fragen“ gehörten „nicht zur Kompetenz der Syndikate“. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Der Wille zur lokalen Verständigung mit den Arbeitergewerkschaften fehlt. Der Wille zur Unterwerfung der Arbeiter aber ist da! Wir haben das unlängst an dieser Stelle wieder aus dem Bericht des Kartells der Braunkohlenherren dokumentarisch nachgewiesen. Und die unentwegt scharfmacherische „Arbeitgeber-Zeitung“ jubelt über die Erklärung der Herren, „daß hier einmal ohne Sentimentalität wieder das kraftvolle Wort von dem Herrn-im-Hause-Standpunkt zur Parole erhoben worden ist!“ Jawohl, „ohne Sentimentalität“ wird mit den Arbeitern umgesprungen, werden an die Aufsichtsbeförderungsträger gestellt, deren Genehmigung eine unabsehbar gefährliche Situation schaffen würde. „Ohne Sentimentalität“, nur „Ertragwirtschaft“, das ist die „Parole“, und trotzdem mutet uns irgend jemand noch zu, „auch vom Arbeiterstandpunkt aus das Zustandekommen des Syndikats freudig zu begrüßen“. Das wäre so, als wenn Deutschland „freudig begrüßen“ könne, wenn sich die Macht seiner kriegsraubenden Feinde noch erhöhte. Man mutet doch den denkenden Arbeitern keinen moralischen Selbstmord zu!

Nein, die Verbollständigung der privatkapitalistischen Syndikatsgewalt ist ein Flammenschild für die Arbeiter, die weiter denken als ihre Nase reicht. Die Auslassung des Braunkohlenherren-Kartells und der „Arbeitgeber-Zeitung“, der von der „Industrie“ angekündigte Abbau der Löhne sind weitere Flammenschilder für die Arbeiter. Nach dem Kriege kommt die innerpolitische Entscheidung. Sehen die Arbeiter dem Syndikat der Unternehmer jetzt kein machtvolleres Syndikat der Arbeiter entgegen, dann wird für die Bergarbeiter besonders der 14. Oktober 1916 ein unglücklichster erster Rang ge-wejen sein.

An die falsche Adresse gerichtet!

„Ein Mahnruf zur inneren Einigkeit“, überschreibt sich ein Aufruf im wirtschaftsfriedlichen „Werkverein“ (Nr. 41 vom 7. Oktober 1916), worin es u. a. heißt:

„Es gilt, die Beziehungen zwischen der deutschen Unternehmerschaft und ihren Arbeitern, Gesellen und sonstigen Angestellten auf denjenigen Standpunkt zu bringen, der im Interesse der nationalen Wirtschaft, der sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung als der einzig wünschenswerte gelten kann, auf den Standpunkt möglicher Solidarität... National soll dieser Aufgabendruck sein; nichts kann er gemein haben mit den Bestrebungen einer internationalen Verständigung, bei welcher — deutlich hat es die Erfahrung gelehrt — der deutsche Arbeiter alle Löhne und Steuern trug, während seine falschen und internationalen Freunde den Nutzen hatten, und als die gepriesene Internationale ihre Feuerprobe bestehen sollte, höhnisch auf den deutschen Mittel herabbliden... Es muß über all klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden, auch von denen, welche zwar dem Gebot der Stunde willig gehorchend ihr Wissen und ihre Kraft in den Dienst ihrer Nation gestellt, aber für die Zukunft bei einmal wiederhergekehrtem Frieden auf den Gedanken einer neuen Annäherung der durch den Krieg getrennten Arbeiterschaft Europas noch nicht verzichtet haben.“

Dieser Aufruf ist auch an die deutschen Arbeiter und soweit nach dem „Werkverein“ selbst an die falsche Adresse gerichtet, der in Nr. 33 vom 12. August 1916 u. a. schrieb:

„Der Krieg, den wir gegenwärtig führen, ist militärisch entscheidend; er wird fortgesetzt ausgedehnterem Maße, und von unseren Gegnern gewolltermaßen als Wirtschaftskrieg. Dieser Wirtschaftskrieg soll die deutsche Industrie vom Weltmarkt so gut wie irgend möglich verdrängen. Der Krieg richtet sich aber nicht gegen das deutsche Kapital; dieses arbeitet in England und seinen Kolonien ebenso wie englisches Kapital in Deutschland. Der Kampf geht auch nicht gegen den deutschen Ingenieur und kaufmännischen Angestellten; die sind auch von Engländern angeworben, gut bezahlt und für sich nutzbar gemacht worden. Der Kampf geht gegen etwas, was man nicht in England holen konnte: Gegen die deutsche Arbeit, und damit gegen den deutschen Arbeiter.“

Klapp und klar sagt hier der „Werkverein“: Das deutsche Kapital ist international, es „arbeitet“ in und für England, die deutschen Ingenieure und kaufmännischen Angestellten sind von Engländern angeworben, gut bezahlt und für sich nutzbar gemacht worden. Nur die deutsche Arbeiterschaft ist national! Wie ist nun der vorstehende Aufruf mit diesen Auslassungen in Einklang zu bringen?

Das Kapital ist in der Tat international und hat z. B. in unseren großen Industriezentren die Völker aller Zungen zusammengebracht, um sie seinen Zwecken dienlich zu machen. Sind doch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet etwa 25 Sprachen vertreten. Nach dem Bericht des Allg. Knappheitsvereins zu Bochum waren im Jahre 1913 allein im Ruhrbergbau 24 121 Ausländer beschäftigt und zwar 23 548 österreichisch-ungarische Staatsangehörige, 544 Holländer, 3123 Italiener, 1227 Russen, 241 Belgier und 338 sonstige Ausländer.

In welchem Umfange ausländisches Kapital an deutschen Unternehmungen beteiligt ist, ergibt sich schon aus dem Adressenverzeichnis im „Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund 1912/13“, wonach allein in der westdeutschen Montanindustrie sowie in den für diese vornehmlich in Betracht kommenden Banken folgende Herren als Aufsichtsräte, Verwaltungsausschmittglieder und dergleichen fungieren:

- „A. Adriaensen, Antwerpen; Baron Alfred Anon, Lüttich; Maurice Anipach, Brüssel; Charles Baizer, Brüssel; Josef Berger, Genappe (Belgien); E. G. van Beuningen, Utrecht; W. van Beuningen, Utrecht; G. A. Bisschop, Brüssel; Ed. Bitter, London; J. Bonnabel, Paris; P. Le Bœre, Leuven; Louis Bröhl, Rotterdam; Dr. C. Brettau, Wien; A. Buescher, Antwerpen; Jean Buffel, Nancy; Jules Carlier, Mons; Cyr. de Casten, Paris; Henri Chandon, Lüttich; Comte Alb. du Chastel, Brüssel; Aug. Collignon, Paris; G. Deleaye-Orban, Brüssel; Karl Dietrich, Brüssel; S. Dufur, Brüssel; S. Endemann, Luzern; Ch. Fabry, Huy; F. S. Feneker v. Bliffingen, Utrecht; W. Feilchenfeld, Wien; G. Fischer, Antwerpen; Jakob Gög, Trier; W. Glemming, London; A. L. Gutfjord, London; A. F. Hein, Utrecht; L. Heyener, Brüssel; A. von Heas, Konstantinopel; J. van Haag, Utrecht; Etienne Sely d'Offel, Paris; Flor. Herbin, Antwerpen; Josef Heuser, Utrecht; Dr. Walter Hübner, Crigglestone (England); Paul von Hoegarden-Braconier, Lüttich; Hoffmann-Laroch, Basel; Frederic Maria Josef Jakobs, Antwerpen; F. Jolas, London; E. Karbe, London; F. Kaus, Brüssel; J. Keller, Paris; A. Ritter von Kerpeh, Wien; L. Ernst Kessel, Antwerpen; Baron von Kerff, Aachen (Niederrhein); Richard Kühmann, London; Adolf Laloug, Lüttich; E. Lambert, Brüssel; G. de Laveleye, Brüssel; Alb. Lecointe, Brüssel; Leon de Lhoneux, Namur; Otto Lürmann, Antwerpen; S. Maas, London; Maurice Magery, Namur; Ed. Mesureur, Brüssel; Alb. de Montplanchet, Paris; Joh. de Montpellier, Anvers; Franz Müller, Antwerpen; Leon Nauwelaerts, Antwerpen; Alfred Neef-Orban, Brüssel; Arm. Ophoven, Lüttich; W. Pannenberg, London; G. de Raven, Translah (Belgien); Heinrich Reiser, Brüssel; Baron H. de la Villeurs-Piergaris, Brüssel; Moriz Rirlot-Lamarck, Lüttich; W. Napp, London; Henri Regnier-Lourin, Lüttich; Leopold Richard, Luxemburg; Josef Richard, Luxemburg; D. Rosie, London; A. Salinger, London; Rudolf Seibel, Esch a. d. Alzette (Luxemburg); Fritz Sellge, Dierfeldingen; Emille Servais, Luxemburg; Ernest Servais, Montignis; C. Thys, Antwerpen; Baron G. Thyssen-Bornemisza, Kolozs (Ungarn); Antoine Exberbourgh, Grandville; Alb. de Vaug, Esier; Theo Ulrichs, Antwerpen; G. Wahrendorf, London; Viktor Weil, Brüssel; Samuel Wiener, Brüssel; E. A. Williams, London; F. Winkelmann, London; Paul Würth, Luxemburg; J. Würth-Weiler, Luxemburg.“

Der Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede (Société anonyme des Hauts Fournaux Lorrains Aumetz-La Paix, Société-Anonyme) in Brüssel, rue ducale 41, dem auch die Bechen General in Weimar, Viktor und Jdern in Kuzel gehören, gibt im deutschen „Reichsanzeiger“ (Nr. 244 vom 16. Oktober 1916) bekannt, daß seine 19. Generalversammlung am 25. Oktober 1916 in den Räumen der Banque Internationale de Bruxelles, 27

Avenue des Arts in Brüssel stattfindet. In der Bekanntmachung heißt es dann u. a. weiter:

„Zur Teilnahme an dieser Generalversammlung sind gemäß Art. 20 der Statuten nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 20. Oktober 1916 beim Sitz der Gesellschaft in Brüssel, Rue Ducale 41, oder bei einer der folgenden Bankfirmen hinterlegt haben:

- 1. bei dem N. Schaafhauserischen Bankverein N.-G. in Köln,
2. bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Frankfurt a. M. und Antwerpen,
3. bei der Deutschen Bank in Berlin, Frankfurt a. M. und Brüssel,
4. bei der Nationalbank für Deutschland in Berlin,
5. bei der Firma Deichmann & Co. in Köln,
6. bei der Firma H. Levy in Köln,
7. bei der Firma J. P. Stein in Köln,
8. bei der Deutschen Effekten- u. Wechselbank in Frankfurt a. M.,
9. bei der Dresdner Bank in Berlin und Frankfurt a. M.,
10. bei der Pfälzischen Bank in Frankfurt a. M.,
11. bei der Norddeutschen Bank in Hamburg,
12. bei der Firma Joh. Dilligshäuser G. m. b. H. in Aachen,
13. bei der Firma W. F. Groß-Gerlich & Co. in Saarbrücken,
14. bei der Firma Messerschmid & Co. in Trier,
15. bei der Internationalen Bank in Luxemburg,
16. bei dem Crédit Anversois in Brüssel und Antwerpen,
17. bei der Banque Internationale de Bruxelles in Brüssel,
18. bei dem Crédit Général de Belgique in Brüssel,
19. bei dem Crédit Général Légeois in Brüssel und Lüttich,
20. bei der Banque Générale Belge in Antwerpen und Namur,
21. bei der Banque de Flandre in Gent, sowie
22. bei der Firma Fabry, de Honneux & Co. in Geny.“

Den Aufruf im „Werkverein“ hat u. a. auch der Direktor des Mühlheimer Bergwerksvereins, Bergassessor a. D. Stens-Müller, a. d. Ruhr unterschrieben. Wir trauten unseren Augen kaum, als wir diesen Namen lasen, bilden doch den Aufsichtsrat des Mühlheimer Bergwerksvereins die Herren Hugo Stinnes, Aug. Thissen und Geh. Oberfinanzrat Waldemar Müller, Direktor der Dresdner Bank in Berlin. Was werden diese drei Herren sagen, wenn ihnen entgegengehalten wird: „Es muß überall klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden“?

Herr Bergassessor Stens scheint von den internationalen Neigungen und Verbindungen seiner Arbeitgeber nichts zu wissen und darum gestatten wir uns, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die Dresdner Bank an ausländischen und sogar überseeischen Unternehmungen beteiligt ist und zu ihrem Aufsichtsrat die Herren F. W. Linnau, London; Marchese di Montagliari, Signa (Kreis Florenz); Bankier Albert von Speir-Voelger, Basel; Bankier S. Alard, Brüssel gehören. Der Direktor der Dresdner Bank, Geh. Oberfinanzrat Waldemar Müller, sitzt mit Herrn Hugo Stinnes zusammen im Aufsichtsrat der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks- und Hütten-N.-G. neben den Herren Generaldirektor a. D. und Ingenieur Henri Chabouat, Lüttich; Industrieller Paul van Hoogarden-Vraconier, Lüttich; Administrateur de la Banque Liegeoise M. Laloux, Lüttich; Präsident der Banque de Bruxelles G. de Labele, Brüssel; Ingenieur Arm. Ophoven, Lüttich; Vorsitzender der Direktion der Internationalen Bank in Luxemburg Joh. Alschard, Luxemburg; Ingenieur Emile Serbais, Luxemburg; Bankdirektor Viktor Weill, Brüssel; Advokat und Senator Sam. Wiener, Brüssel; Ingenieur Paul Wirth, Luxemburg.

Herr Hugo Stinnes sitzt außerdem im Aufsichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks-N.-G. neben den Herren Baron Alf. Ancton, Lüttich; Süntendirektor a. D. Maurice Rogery, Leomur; Ingenieur J. Henri Regnier-Ducy, Lüttich; Rentier Leopold Richard, Wiltz in Luxemburg. Im Verwaltungsrat der Mühlinger und St. Jungberter Hochöfen-N.-G. (Société anonyme des Hauts-Fourneaux et aciéries de Rummelange St. Jungbert) sitzt Herr Hugo Stinnes neben dem Herrn George de Lapeyere, Präsident de la Banque de Bruxelles in Brüssel. Er ist beteiligt an ausländischen Unternehmungen, die von ihm geleitete Deutsch-Luzemburgische N.-G. hat beteiligungsweise im Freizeichen im

französischen Departement Meurthe-et-Moselle Fuß gefaßt. Ihre Differenzier Abteilung ist Eigentümerin der Erzgrube von Moniers. Die Abteilung Rummelange-St. Jungbert ist mit einem Drittel an den Gruben von Germondville beteiligt.

Herr August Thissen ist ebenfalls an ausländischen Unternehmungen beteiligt. So ist er Besitzer der beiden ErzkonzeSSIONen Fouaville und Vaxilly. An den Gruben der Mines de Woulkam ist Thissen durch Sambre et Moselle beteiligt, außerdem an Erzgruben in Westfrankreich. Im Verwaltungsrat der Société Mélanurgique de Sambre & Moselle (Hüttenverein Sambre und Mosel) sitzt Thissen zusammen mit den Herren L. Lambert, Charleroi; G. Delloye-Orban, Brüssel; Bankdirektor G. Dufur, Brüssel; Karl Dietrich, Brüssel; Ch. Fabry, Geny in Belgien; Advokat Th. Segener, Brüssel. Dem Aufsichtsrat von Sambre und Mosel gehören u. a. an die Herren Albert Decointe, Brüssel; Direktor Ed. Mestrew, Brüssel; Morik Viriot-Damarche, Lüttich; Bergwerksdirektor W. Le Borne, Valenciennes.

Die Herren Waldemar Müller, Hugo Stinnes und August Thissen haben danach ein erhebliches Stück Arbeit zu leisten, wenn „überall klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden muß“ und die wirkungsvolle Unterstützung des Herrn Bergassessor Stens wird dabei sicher sehr nötig und willkommen sein.

Aber damit ist die Arbeit noch längst nicht getan. Deutsche Kapitalisten arbeiten in Friedenszeiten mit französischen, belgischen, englischen, amerikanischen Kapitalisten zusammen. Deutsche Kapitalistenkontenfortien sind an Unternehmungen in Belgien, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Desterreich, Rußland, den skandinavischen Staaten, Italien, Holland, in der Schweiz, der Türkei, Amerika usw. beteiligt, machen mit belgischen, französischen, englischen, amerikanischen usw. Finanzkräften umfangreiche Geschäfte, gehören mit ihnen internationalen Verbindungen an. Eine Herkulesarbeit ist da noch für den „Werkverein“ und die Unterzeichner des Aufrufs zu leisten, wenn „überall klar und deutlich mit den internationalen Neigungen gebrochen werden muß“.

Wir wären dem „Werkverein“ und den Unterzeichnern des Aufrufs sehr verbunden, wenn sie uns mitteilen, wann und wie sie das schwierige Werk in Angriff nehmen und vollenden wollen. Nach alledem werden sie wohl auch einsehen, daß sie sich mit ihrem Aufruf nicht an die deutschen Arbeiter, sondern zunächst an andere Adressen richten müssen.

Das gilt auch bezüglich dem „Standpunkt möglicher Solidarität“. Herr Generaldirektor Kendorf, Schloss Waldenburg i. Schl., Bergwerksdirektor Ludwig, Esleben, Generaldirektor Kensch, Oberhausen, Bergwerksdirektor Stens, Mühlheim und andere Unterzeichner des Aufrufs werden befehlen können, daß den Arbeitern und Angehörigen in der Schieferindustrie bisher jedes Mitbestimmungsrecht verweigert wurde. Wie denken sich diese Herren daher eigentlich „den Standpunkt möglicher Solidarität“? Warum haben sie sich auch da an die falsche Adresse gewandt, obwohl ihnen die richtige nicht unbekannt sein konnte?

Vollwirtschaftliche Rundschau.

Häufigste Kleinhandelspreise

im Durchschnitt von ganz Preußen für 1 Kilogramm in Pfennigen.

Table with 5 columns: Nahrungsmittel, August 1914, August 1915, August 1916, Preis-Steigerung 1916/14. Rows include Kartoffeln, Getreide, Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Buchweizen, Raps, Lein, Erbsen, Bohnen, Linsen, Klee, Heu, Stroh, Holz, Kohlen, Eisen, Kupfer, Zinn, Blei, Zink, Nickel, Silber, Gold, etc.

Eine Ursache der Kartoffelnot

wird von dem Direktorium (Dr. Heim und Abg. Schlittenbauer) der bayerischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft so offen aufgedeckt, daß dem Urteil dieses landwirtschaftlichen Sachverständigen keine Schönfärberei etwas anhaben kann. ... Die Bauern, die die Kartoffeln zu gewöhnlichem Speisepfeffer her, überflüssig genannte Diktation einen Anruf im „Fränkischen Bauer“, Veranlassung dazu ist die Tatsache, daß den beiden Herren „aus verschiedenen Teilen Bayerns, insbesondere aus dem Frankenlande“, Klagen zufliegen, wonach „die Bauern ihre Kartoffeln nicht unter 6 bis 7 Mk. abgeben wollen“.

„Bedenkt, welche Erbitterung bei der städtischen Bevölkerung auch nur durch Einzelfälle gegen den gesamten Bauernstand hervorgerufen wird! Bedenkt, wie die Erbitterung nach dem Kriege eine gefährliche Kampflinie aller Gegner der Landwirtschaft herstellen wird! Bedenkt was bei der Neuordnung unserer Wirtschaftsbeziehungen und unserer Handelsverträge nach dem Kriege für die Bauern herabzukommen wird! Wenn eine landwirtschaftsfeindliche Mehrheit im Reichstage vorhanden ist, dann ist es vorbei mit jeglichem Schutzgoll. Bedenkt, daß zur Erhaltung dieser Grundbedingung für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft auch die Stimmen von städtischen Vertretern im Reichstage nötig sind! Bedenkt, daß die Bauern auf die anderen Städte angewiesen sind, da sie doch nur mehr ein Viertel der Bewohner des Deutschen Reiches ausmachen. Wir richten unter diesen Umständen an die gesamte Bauernschaft Bayerns den dringenden Appell, möglichst viel Kartoffeln abzuliefern, und zu dem gescheiterten Speisepfeffer.“

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Wir lesen in der Magdeburger sozialdemokratischen „Volksstimme“: Von dem Magdeburger Landgericht wurde kürzlich ein Urteil gefällt, das hoffentlich keine Wiederholung findet. Die gewerkschaftliche Tätigkeit würde sonst in ganz unerträglicher Weise eingegrenzt. ... Die Richter in der Sache sind sich strafbar zu machen.

Die Richter Alexander Henning und Karl Friede wurden vom Schöffengericht am 10. Juni d. J. wegen gemeinschaftlicher Erpressung zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt. Sie waren im Cafe „Weißer Schwan“ beschäftigt und sollen am 13. Februar die Witze Mantel durch die Drohung, sofort die Arbeit niederzuliegen, genötigt haben, ein Schriftstück zu unterschreiben, in dem sie ihnen ungünstige Vertragsbedingungen, insbesondere 2 Prozent vom Gesamtumsatz und 14-tägige Kündigungsfrist, bewilligte. ... Die Richter sind sich strafbar zu machen.

In der Verhandlung teilnahmen der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hammerlag, den Antrag der Witze, Kellner nur anzustellen, wenn sie ohne jede Vergütung und nur gegen Trinkgelber arbeiten und davon sogar noch Geld abgeben müssen. Das sei sittenwidrig. Die Kellner seien herabwürdigt gewesen, die Arbeit einzustellen, da die Witze, die Preise für Getränke willkürlich erhöht habe und den Kellnern dadurch die Hoffnung auf Trinkgelber genommen war.

Die Kammer verwarf die von dem angeklagten Friede eingeleitete Berufung. Die Berufungsverhandlung gegen Henning, der zum Geer einberufen ist, wurde vertagt.

Kann nicht jeder Arbeitgeber sagen, er sei in großer Bedrängnis gewesen, als ihm Forderungen gestellt wurden, und habe sich „genötigt“ gesehen, die Forderungen anzunehmen? ... Die Arbeiter haben das gleiche Recht aufzugeben. Aber er kann nur bessere Vertragsbedingungen für seine Ware Arbeitskraft erlangen, wenn die Arbeitskraft gebraucht wird. Wenn der Arbeitgeber die Arbeitskraft haben muß, dann ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielbar, sonst doch schwer. Aber dann kann sich der Arbeitgeber „genötigt“ fühlen.

Und wir fragen: Zu welchen Konsequenzen soll dieses Urteil führen? Gemäß diesem Urteil müßten z. B. alle diejenigen, die die Kriegslage auszunutzen, um höhere Preise zu erzielen, wegen Erpressung bestraft werden? Warum wurde da nicht auch die Witze wegen Erpressung bestraft, weil sie die Preise erhöhte? Das Urteil hebt das Streikrecht der Arbeiter faktisch auf.

gehallen werden. Wohl arbeiten zwei große Ventilationsmaschinen unaufhörlich. Aber die frische Luft, die sie aus dem sorgfältig vor Weichern geschützten Ventilationskasten nach unten saugen, wird von den geringen Dieselmotoren sofort verjagt. Die gestrigen Angeheuer geben voll und ganz auf, nur die Hände sind noch zu sehen, die sich fürchterlichem Gelächter schwingen, die nun von den Ventilatoren im Kreislauf durch alle Räume gepeitscht wird. ... Die Luft im Boot ist dabei bis zu einem phantastisch hohen Grade mit Feuchtigkeit gesättigt. Man glaubt gar nicht mehr in ihr atmen zu können und sieht resigniert oder mit Galgenhumor dem Moment entgegen, wann man eigentlich zum Rißge werden möchte. ... Die Luft im Boot ist dabei bis zu einem phantastisch hohen Grade mit Feuchtigkeit gesättigt.

Man kann sich gar keinen Begriff machen von der Atmosphäre, die so allmählich entsteht; von der Hölletemperatur, die in den Booten herrscht. Wir hätten im Golfstrom eine Lufttemperatur von 28 Grad Celsius. So warm war schon das umgebende Wasser. Frische Luft kommt nicht mehr herein, und im Maschinenraum hämmern in rasendem Viertel zwei sechsylinderige Verbrennungsmotoren. Die Kraft ihrer Explosionen schleudern sie in die wühlenden Turbinen, mit glühendem Atem tragen die verbrannten Gase auf Auspufföffnungen hinaus, aber die Luft der unaufhörlichen Verbrennungen bleibt in den Zylindern und teilt sich der ganzen atembrennenden, stöhnenden Umgebung mit; eine atembefehlende Wolke von Hitze und Gelächter geht von den Maschinen aus und verbreitet sich lassend durch die Räume. Die Temperatur steigt in diesen Tagen bis auf 58 Grad Celsius. Und in einer solchen Hölle leben und arbeiten Menschen. ... Man kann sich gar keinen Begriff machen von der Atmosphäre, die so allmählich entsteht.

Fast wie Erlösung scheint es, wenn die acht Stunden Ruhe vorüber sind und die neue Wache in die Zentrale oder in die Maschine ruft. Nun aber geht das Martyrium erst an. Nur mit Unterhänd und Hohe bekleidet stehen die Leute auf ihren Posten, um die Sten ein Stück gebunden, das den einnehmenden Schweiß von den Augen fernhalten soll. Das Blut glüht und rast in den Adern, wie Fieber hoch es in den Adern; nur mit höchster Willensanstrengung gelingt es, den schweißüberströmten Körper zu mechanischer Dienstleistung zu zwingen und sich die vier Stunden Wache aufrechtzuerhalten.

Aber wie lange noch wird das ausgehalten sein? Ich habe in jenen Tagen kein Tagebuch mehr geführt und finde nur die Aufzeichnung: „Später darf die Temperatur nicht mehr steigen, wenn es die Leute im Maschinenraum noch aushalten sollen.“ Aber sie haben es ausgehalten, sie blieben aufrecht wie Helden, sie stützten ihren Dienst, erschöpft, glühend und schweißbedeckt, bis das Sturmzentrum hinter uns lag, bis es draußen aufhörte, bis die Sonne durch die Wolken brach und der abnehmende Seegang gestillt die Luft wieder zu öffnen.

Dann stiegen sie heraus aus ihrer Hölle; bleich, ätzend und schweißbedeckt kamen sie ans leuchtende Tageslicht und freuten sich der Sonne, als schiene sie ihnen zum ersten Mal.

Die Hölle in der „Deutschland.“

Daß die Handels-Unterseebootsfahrten der „Deutschland“ und „Zemlin“ kein Kinderpiel sind und die hohen Begeisterungswogen einer nacheinander Beurteilung Platz machen sollten, beweist die nachfolgende Schilderung des Kapitäns der „Deutschland“, König, die dem Buche „Die Fahrt der „Deutschland““ (Verlag Ullstein, Berlin, Preis 1 Mark) entnommen ist. Das Kapitel „Die Hölle“ lautet: „Der Juni ging allmählich seinem Ende zu, und leider auch das gute Wetter. Aufkommende südwestliche Dünung und das Ausbleiben der erhofften Mitströmung waren Zeichen eines im Süden den Luft- des Golfstromes entweichenden Sturmzentrums.“

Die Verwundeten.

Sie tragen schon lang den blau-weißen Kittel, zehn Monat, ein halb Jahr, der ein Drittel, Ueber der ersten Schmerzen Qual liegen zehn Mann auf einem Saal.

Tagsüber ist das ein Singen und Neden, Man lacht in den Betten, sieht mit Geden; Lächelt auch die Hand, fehlt dem ein Bein, Das ist kein Unfug, traurig zu sein.

Da heißt der Brustschmerz den Beinbruch „Krüppel“, Der humpelt und schlingt die Krücke als Krüppel. Der Linkerarm nickt an seinem Brief Nach Karte den zehnten Hieroglyph.

Abends noch im strahlenblauen Raume Hirteloffs ausgelassen, Nacht es, schwarz es von lauernderlei Dämmergespenstern die Seele frei.

Mit einem nur ist verboten zu prahlen: Von draußen, von den Strapazen und Qualen. Davon, was jeder zu durchgemacht, Wird nicht gesprochen bei Tag noch Nacht.

Beginnt nur einer: „Das war in Flandern...“ Schreien „Silentium“ die neun andern. (Dem fehlt die Hand, dem fehlt das Bein; Sie haben ein Recht davon still zu sein.)

Doch mittenachts, wenn die Atemzüge Durchs Zimmer wehen wie Federwauflüge. Kommt es, daß einer schwächelnd steht Im Bett die Glieder windet und streckt.

Fest schlummernd, ohne davon zu wissen, Hebt er das Haupt halb aus den Kissen, Desirnt die Lippen, wachseln, schreit: „Sie kommen — Kameraden — feuerbereit!“

Sie liegen zehn Mann auf einem Saal, Rängt über der ersten Schmerzen Qual. Davon, was jeder zu durchgemacht, Wird nicht gesprochen bei Tag noch Nacht.

Erich Kuttner in der „Gemeiner Volksstimme“.

So fahren wir noch einen Tag. Am Abend beginnt es schmil und drückend zu werden; hinter blutroten Dunstschleiern geht die Sonne jögend unter. Treibend aussehende Luft und heftiges Weiterleuchten, das rasch wachsende feuchte Schwüle in der Atmosphäre verflücht die Wärme des Golfstromes. In der Nacht setzen maßlos heftige Gewitter ein, mit einem von allen Seiten umspringenden Wind und wild durcheinander laufender See, die das Steuern merkwürdig erschwert. ... Die ganze Atmosphäre ist in einem brüllenden Aufruhr, es rollt über uns mit einem einzigen, ununterbrochenen Donnerkrachen, wir kommen in das Zentrum. Ein Gegenregen von Arktisgewittern tobt um das Boot, es ist wie das Ende aller Dinge.

Blötzlich tauchen hinter uns die Topplaternen eines großen Dampfers auf. Wir können ihm in der dunklen Nacht umgehen aus dem Wege geben. In einiger Entfernung zieht er wie eine leuchtende Erscheinung vorüber; es ist ein Passagierdampfer, der, seinem Kurs nach zu schließen, aus dem Mittelmeer kommt. Ich muß gefahren, mir bilden seinen Lichterzeichen doch mit einer kleinen Regung von Neid nach, bis ihn Regen und Dunkelheit wieder verschlucken.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Die hohen Sprengstoffkosten

erregen in der Bergarbeiterschaft große Unzufriedenheit. Der breiten Öffentlichkeit ist zu wenig bekannt, daß die mit Schießmaterial arbeitenden Bergarbeiter in den meisten Bezirken die verausgabten Sprengstoffe, Bündel, Schüre usw. selbst bezahlen müssen.

Table with 3 columns: Year (1913, 1914, 1915), Category (Nettoerlöse, Müllstellungen, Dividenden, Bonus usw.), and Value in thousands of Marks.

Mitteln hat sich der Gewinn von fast 10,6 Millionen Mark im Jahre 1913 (oder 1914) über 44,9 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahr gehoben, mehr als eine Verdreifung des reinen Fabrikgewinns!

Die Wertverhältnisse sind doch in der Lage, mäßigeren Einkaufs- und Abgabepreise für Sprengmaterialien zu vereinbaren. Denn in den hauptsächlichsten Sprengstofffabriken kommandieren ja dieselben Herren, die auch im Bergbau den Ton angeben!

Die führenden Bergwerksunternehmen sind also gleichzeitig die Besitzer der Sprengstofffabriken! Das muß man bedenken und man weiß dann auch, wie unhaltbar das jetzige Verahren ist.

Aus den Unternehmerverbänden.

Wie der „Standpunkt möglicher Solidarität“ von Unternehmern verstanden wird.

Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, berichtet über unerhörte Angriffe auf das Koalitionsrecht der Angestellten von seiten großindustrieller Unternehmer.

Die Anerkennung, die den Berufsverbänden im Verlaufe des Krieges von den Regierungsstellen immer wieder ausgesprochen worden ist, hindert gewisse Unternehmer nicht daran, auch jetzt den Kampf gegen die Organisationen der technischen Angestellten fortzuführen.

- 1. Wann sind Sie geboren?
2. Sind Sie verheiratet; wenn ja, haben Sie Kinder und wieviel?
3. Sind Sie vollkommen gesund? bezw. welche körperlichen Fehler haben Sie?
4. Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie?
5. Wie sind Ihre Militärverhältnisse?
6. Welcher Kirchengemeinschaft gehören Sie an?
7. Wann spätestens kann Ihr Eintritt erfolgen?
8. Welches Gehalt beanspruchen Sie?
9. a) Sind Sie Mitglied des Bundes techn.-industrieller Beamten? b) Sind Sie Mitglied des Deutschen Techniker-Verbandes?
10. Kurze Angabe des Bildungsganges mit Bezeichnung, welche Schulen und bis zu welcher Stufe besucht sind.

Neben den anderen überflüssigen Fragen gab vor allem Frage 9 dem B. t. i. B. und dem D. T. B. Veranlassung, sich in einem gemeinsamen Schreiben an die Gutehoffnungshütte zu wenden und die Streichung der Frage 9 zu erbitten.

Da wir nun immer noch nicht einsehen können, daß die berufliche Brauchbarkeit eines Angestellten in irgend welchem Zusammenhang mit seiner Organisationszugehörigkeit stehen soll, so kommt auf die weitere Verfolgung der Angelegenheit nicht verzichtet werden. Der B. t. i. B. hat sich deshalb in Gemeinschaft mit dem D. T. B. an das zuständige Generalkommando gewandt, um die Firma von dieser Stelle aus zur Wahrung des Koalitionsrechtes zu veranlassen.

Die Luftfahrzeug-Gesellschaft m. b. H., Adlershof bei Berlin, glaubt sogar berechtigt zu sein, Angeestellte, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, mit besonderen Geldstrafen belegen zu können.

„Sie verpflichten sich bei einer Strafe von 100.— Mark (in Worten Einhundert Mark) für jeden Einzelfall sich jeder Werbetätigkeit für Technikervereinigungen und dergleichen zu enthalten.“

„Es gilt, die Beziehungen zwischen der deutschen Unternehmerschaft und ihren Arbeitern, Gesellen und sonstigen Angehörigen auf denjenigen Standpunkt zu bringen, der im Interesse der nationalen Wirtschaft, der sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung als der einzig wünschenswerte gelten kann, auf den Standpunkt möglicher Solidarität!“

Wie Herr Generaldirektor Neusch „den Standpunkt möglicher Solidarität“ versteht, ergibt sich mit aller Klarheit aus dem Bericht der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“.

direktor Reindorf, Schloß Waldenburg i. Schl., Bergwerksdirektor Ludwig, Gieseler, Bergwerksdirektor Stens, Wilhelm u. a. So versteht ihn auch der Deutsche Brauntohlenindustrieverein, der in seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1913/14 (siehe Nr. 42 der „Bergarb.-Ztg.“ von 1916) lebhaften Anklang daran nimmt, daß im Reichstage und in der gewerkschaftlichen Presse

„zielschweigend darauf hingearbeitet wird, den Arbeitern in ihrer Gesamtheit, im besonderen auch ihren Verwandten, ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen zu verschaffen.“

Die Ausführungen des Brauntohlenindustrievereins nennt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 41 vom 8. Oktober 1916) „eine bedeutungsvolle Kundgebung“ und bemerkt dazu u. a.:

„Es ist sehr angebracht, daß hier einmal ohne alle sentimentale Rücksicht die Sentimentalität, die wir ja wohl verlieren (haben!) wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ zur Parole erhoben werden ist.“

„Es ist nicht einmal ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsbedingungen soll den Arbeitern zugesprochen, sondern „ohne alle sentimentale Rücksicht wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ zur Parole erhoben werden.“

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine grobe Selbsttäuschung — Erwiderung.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ nimmt in Nr. 43 Stellung gegen einige Sätze, die ich in einem Artikel in Nr. 28 der „Glocke“ geschrieben habe und sagt, daß sie dazu zu ihrem Bedauern genötigt war. Um so mehr hätte ich erwartet, daß sie wenigstens den Sinn meines Artikels angeben hätte.

Ich habe von Anfang an den Standpunkt vertreten, man solle von Organisationswegen weber für noch gegen Annexionen Stellung nehmen, wenigstens nicht, solange noch keine militärische Entscheidung gefallen ist, und diesen Standpunkt vertrete ich in dem Artikel, wo ich gleich zu Anfang sage:

„Solange die Kriegslage noch völlig unentschieden ist, solange noch kein Mensch mit Bestimmtheit voraussagen noch voraussagen kann, wohin die Kriegswage sich lenken wird, solange ist es nicht nur nutzlos, sondern schädlich, für oder gegen Annexionen zu reden oder zu petitionieren.“

Der Artikel hat also mit der Annexionsfrage als solche gar nichts zu schaffen, nimmt weder für noch gegen diese Frage Stellung, sondern lediglich gegen die zwecklosen und völlig verfrühten Streitereien innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Dabei bin ich der nach meiner Überzeugung durchaus falschen Annahme entgegengetreten, als seien die sozialdemokratischen Arbeiter prinzipielle Gegner jeder Annexion und habe, gestützt auf hunderte Beispiele und Mitteilungen, behauptet, daß bei einem siegreichen Deutschland — denn nur ein siegreiches Deutschland könnte annektern — fast alle Arbeiter ohne Ausnahme — Annexionisten seien.

„Bei einem siegreichen Deutschland würden“, habe ich geschrieben, „sofern Annexionen von der Unratigkeit unserer Parteimitglieder abhängen, sicherlich 90 Prozent für Annexion stimmen, die aus dem selbe Zurückgekehrten wohl weiß.“

„Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren und fast alle ohne Ausnahme sind — Annexionisten!“

Es war zu erwarten, daß Kamerad Leimpeters auf unsere Feststellung seiner groben Selbsttäuschung erwidern würde. Auch was wir von ihm zu hören bekämen, könnten wir uns ungefragt denken. Er gerät von einer Selbsttäuschung in die andere.

„Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren und fast alle ohne Ausnahme sind — Annexionisten!“

„So war es unser Recht und unsere Pflicht, diese Behauptung auf ihren wirklichen Wert zurückzuführen. Mit keinem Wort in der „Bergarbeiter-Zeitung“ gesagt worden, Leimpeters sei ein Annexionist, wir hätten es darum auch nicht nötig, auf manche andere, auch sehr ansehnliche, Stellen in seinem Artikel einzugehen; ja, wir haben es sorgfältig vermieden, um nicht noch mehr gegen die Meinungen unseres Kameraden Leimpeters polemisieren zu müssen.“

„Wieder ist ein braver Kämpfer in das Schattenreich eingegangen, der es verdient, daß an dieser Stelle seiner ehrend gedacht wird.“

Wolff Hofrichter †.

Wieder ist ein braver Kämpfer in das Schattenreich eingegangen, der es verdient, daß an dieser Stelle seiner ehrend gedacht wird. Wolff Hofrichter ist in seiner Heimatstadt Köln, die er seit 1912 im Reichstage vertrat, gerade an dem Tage gestorben, an welchem er sein 50. Lebensjahr vollendete.

„Sehr geehrte Frau Hofrichter! Heute Abend von kurzer Reise zurückgekehrt, finde ich die Nachricht von dem Tode Ihres Herrn Gemahls.“

„Ein guter Mensch und tapferer Volksheld ist nicht mehr. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden von allen, die es ehrlich mit der Volkssache meinen.“

Zunahme der Frauenarbeit.

Einen interessanten Überblick über die Entwicklung der Frauenarbeit während des Krieges finden wir in der letzten Nummer des „Reichs-Arbeitsblattes“. Die Statistik baut sich auf den allmonatlich im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlichten Nachweisungen der Krankenblätter auf.

Table showing the increase of female workers in various industries from July 1914 to August 1916. Columns include month/year, total number of workers, and percentage increase.

„Von 34,4 Prozent aller Beschäftigten kurz vor Kriegsbeginn ist also die Zahl der weiblichen Beschäftigten auf 47,1 Prozent am 1. August 1916 gestiegen.“

Internationale Rundschau.

„Ein kriegsfreudiges Volk“

Die „Industrie“, Fachzeitung für Kohlen-, Kali- und Erzbergbau (Nr. 42) bepricht das Ergebnis der 5. deutschen Kriegsanteile und schlussfolgert:

„Säuer war das deutsche Volk von der Notwendigkeit dieses letzten Mittels (Krieg) zu überzeugen: da ihm selbst jede Eroberungsjagd, jede Vergewaltigung eines anderen Volkes so völlig fern lag, konnte es sich nicht hincindenken in die Angriffsabsichten seiner Feinde.“

„Wo hat die „Industrie“ das angeblich „kriegsfreudige Volk“ gefunden? Wenn in den breiten Massen je „kriegsfreudigkeit“ lebte, so ist das längst nicht mehr wahr.“

Vollauswanderung in England.

Im englischen Parlament forderte der Abg. Barnes namens der Arbeiterpartei Einschnitten gegen den Lebensmittelwucher.

Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie.

Einem Vortrag über die Geschichtslehre des Kopenhagener 'Socialdemokraten', Borgbjerg: 'In, wie arbeiten fortwährend, um den Frieden vorzubereiten, aber dazu ist in erster Reihe erforderlich, daß die Sozialdemokraten...

Knappschätzliches.

Beschmelzung des Hostenbacher und Saarbrücker Knappschätzvereins.

Die Generalversammlungen der beiden Knappschätzvereine haben der Verschmelzung des Hostenbacher mit dem Saarbrücker Knappschätzverein...

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Seine König Ludwig IV und V. Von hier wird uns mitgeteilt, daß der Steiger Althöner am 11. Oktober einen 17-jährigen Jungen...

Seine Nordstern III und IV. Nach der Berggesetznovelle von 1906 dürfen Bergarbeiter wegen unbefristeter Kohlenförderung im Monat höchstens mit 5 Mark bestraft werden.

Seine Arbeiter I. Von hier geht uns eine Beschwerde zu über die Unhöflichkeit des Rechnungsführers einer Arbeiterfrau gegenüber...

Seine Rhein I und II. Was wird von hier berichtet, daß der Steiger Becker am 22. September einen 15-jährigen Jungen geschlagen...

Seine Verlorener Sohn. Von hier wird uns mitgeteilt, daß schon längere Zeit Freischüttel, Rehner, Weile, Gajchen usw. fehlen und auch manches andere nicht zu haben ist.

und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis der Verwaltung zu bringen und auf Abhilfe zu drängen!

Seine Wiltrop. Ueber den Kassierer Hr. werden hier recht lebhaft Beschwerden geführt, besonders wegen seiner Ungangsbarmen, alle Duftel, Sau, Lapp, grüner Junge und ähnliche Bezeichnungen...

Seine Weiterholt (falschliche Schachtanlage). Am 14. Oktober, als morgens bei der Leutesförderung der größte Teil der Belegschaft ausgefahren war, gab es bei den letzten Körben auf einmal ein Dröiden...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Friedrich Otter f.

Unser langjähriger Verbandskamerad Friedrich Otter in Werne bei Langendreer starb am 18. Oktober im 88. Lebensjahre. Seit dem 1. Januar 1888 war er ununterbrochen Mitglied unserer Bahnhofsverein.

Der letzte Sohn.

Aus einem Antwortschreiben des preussischen Kriegsministeriums an den Reichstagsabgeordneten Grabner geht hervor, daß im Bereich der preussischen Armee schon seit längerer Zeit Antikörper von Familien, von denen schon mehrere Söhne oder Familienangehörige gefallen sind...

Erreichte Erfolge

Konnten der Bezirkskonferenz für Essen-Ost und -West von der Bezirksleitung mitgeteilt werden. Trotz Einberufung sehr vieler der besagtesten Vertrauensleute, auch der beiden Bezirksleiter, die durch Ersatzkräfte notdürftig vertreten werden müssen...

Die erfreuliche Werbearbeit

im Bezirk Gladbeck, welche in den ersten beiden Vierteljahren gemeldet werden konnte, hat auch im 3. Vierteljahr angehalten. Es ergab sich Aufnahmen im 3. Vierteljahr: Westhausen 29, Wiltrop I 14, Wiltrop II 34, Buer 79, Wülfe 26, Wiltendorf 10, Braud 35, Dorsten 20, Erle I 22, Erle II 35, Eigen 68, Gladbeck I 55, Gladbeck II 30, Horst 6, Horstermark 3, Gassel 93, Osterfeld 25, Nette 35, Solbolen 71 und Zwickel 81; zusammen also 769 Aufnahmen im Bezirk.

Wirtschaftsfriedliche Verteilung rationierter Lebensmittel. Auf unsere Beschwerde über die Verteilung rationierter Lebensmittel durch die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine an das Kriegsernährungsamt erhielten wir folgende Antwort:

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, z. S. des Vorsitzenden Herrn Sackje in Bochum.

In Verfolg meines Bescheides vom 21. August 1916 beehre ich mich ergeben mitzuteilen, daß nach dem Ergebnis der inzwischen angestellten Ermittlungen die Werkvereine im allgemeinen an ihre Mitglieder Waren verkauft haben, die im freien Handel zu haben waren.

Süddeutschland. Brot, aber keine Fleischzulage. Auf eine entsprechende Eingabe erhielt unser Bezirksleiter Kaiser zur Antwort: 'Kommunalverband Niesbach, Niesbach, den 9. Oktober 1916. Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 2. September d. J. erhalten Sie anbei Abschrift einer Entscheidung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 4. d. M. zur gefälligen Kenntnisnahme.'

München, den 4. Oktober 1916.

Der Herr Präsident des Kriegsernährungsamts hat auf den ihm zur Neuerung übermittelten Bericht erwidert, daß er keine Anordnungen getroffen habe, wonach den Bergarbeitern eine dauernde Fleischzulage über die durch die Verordnung vom 21. 8. 16 über die Regelung des Fleischverbrauches festgesetzte Höchstmenge hinaus gewährt werden soll.

Gegen die neue Sommerzeit

wandte sich auch unsere Bahnhofsstelle in Hausdham. Alle Verbandskameraden aucten sich abfällig darüber; es sei eine Lebenszeit für die Bergarbeiter gewesen, die hoffentlich nicht wiederkehre.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 44. Woche (vom 22. bis 28. Okt. 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Verbandsmitglieder! Werbt stets neue Mitglieder für den Verband! Führt die jetzt zahlreich auf den Werkstätten beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen unserem Verbandsangehörigen zu!

Betrifft Kriegsunterstützung.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Mitgliedsbücher der zum Heeresdienst einberufenen Kameraden in Ordnung sein müssen, damit auch ihren Familien die Kriegsunterstützung gezahlt werden kann. Nach Ausbruch des Krieges waren restierende Beiträge nachschulbar, doch muß jetzt darauf gesehen werden, daß kein Kamerad mehr wie 8 Wochen im Ausland ist, da sonst bei seiner Einziehung seine Familie die Kriegsunterstützung nicht erhalten kann.

Rechtsschutz betreffend.

Arbeitersekretariat Gelsenkirchen.

Wegen Einberufung des Arbeitersekretärs für den Bezirk Medlinghausen zum Heeresdienst ist es notwendig geworden, daß unser Sekretär die Rechtsschutzverwaltung für Medlinghausen und Herne übernimmt und ist in unserem Arbeitersekretariat folgende Verwendung getroffen: Geschäft ist das Sekretariat von jetzt ab jeden Montag, Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags. Auskünfte wird also nur in den angegebenen Stunden erteilt und möge jede rufsuchende Person dieses beachten. - Wegen der Übernahme der Rechtsschutzverwaltung in Medlinghausen und Herne und der geringen Raumverfügbarkeit der Sprechstunde in Wattenfeld mußte diese für die Kriegsbauteiler eingestellt werden. Die organisierten Mitglieder von Wattenfeld müssen sich mit dieser Zwangslage abfinden und in Bedürfnisfällen das Sekretariat in Gelsenkirchen, Lüttichstr. 88, aufsuchen.

Bücherrevisionen.

In folgenden Bahnhöfen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Bergshofen. Vom 1. bis 25. November. Braunsauer I. Vom 25. bis 30. Oktober. Schönebeck. Vom 10. bis 30. November.

Kranzspendemarken.

In folgenden Bahnhöfen werden Kranzspendemarken à 10 Pf. gefällig: Gving III. Im November.

Adressenveränderungen.

Duisburg-Weed. Der Kassierer und Knappschätzmeister Paul Langen verzieht am 1. November nach Haderweg Nr. 27, Hamborn II. Der Kassierer Ernst Klein wohnt jetzt Gustafstraße 23a. Schmidhorst-Buschhausen. Der Vertrauensmann Embard Gnoh wohnt ab 1. November in Sterkade-Buschhausen, Hamborn I Straße 57.

Sterbetafel

- Auf den Schlachtfeldern sind gefallen: Wilhelm Krull, Ramen II. Hermann Wittig, Seme II. Friedrich Weidmann, Sirele. Anton Mohr, Auf dem Schnee. Fritz Warnebler, Auf dem Schnee. Th. v. b. Lippe, Menglinghausen. Wilhelm Ehnhaus, Wilmersich. G. Braunkämper, Gelsenkirchen VI. Wilhelm Mottenborn, Altenbügge. Paul Karthe, Altenbügge. Otto Buschhoff, Kirzhörbe. Wih. Rührmann, Dv.-Sprockhövel. Friedr. Vogelang, Dv.-Sprockhövel. Gustav Bölscher, Scharnhorst. (3428)

Kalender für Bergarbeiter 1917

In unserem Verlage erscheint nächstens der vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands herausgegebene Kalender für Bergarbeiter 1917. Unser Taschen-Kalender fand in den Vorjahren bei den Verbandsmitgliedern eine gute Aufnahme. Auch diese Ausgabe wird sehr befriedigen, denn der Zeit ist interessant, reichhaltig, und noch mehr wie im Vorjahre den kriegsrischen Ereignissen angepaßt. - Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die Gewerkschaften und der Krieg - Die Kalkulationsnebel - Die Kriegsanleihe Deutschlands und Ergebnisse - Die Zeichen auf dem Kriegsschauplatz - Ergebnis der ersten zwei Kriegsjahre - Erhöhte Steuerzuschläge - Fabrikarbeiten der Staaten Europas - Gemeinnützige (Sitzmittel) - Hervorragende Männer - Die Knappschätzreform während der Kriegszeit - Kraftverteilung und Verluste im Weltkriege - Kriegsschweigt - Kriegserklärungen - Kriegserrenten (alle Arten) - Krieg und Kultur - Lebensmittelpreise seit hundert Jahren - Werkblätter für Anballendeckten zc.

Achtung, Kameraden! Der Taschen-Kalender wird Mitte November fertig und versandt.